



## Treffen der Deutsch-Französischen Freundschaftsgruppen in Berlin

Treffen der Deutsch-Französischen Freundschaftsgruppen in Berlin  
Die Deutsch-Französischen Freundschaftsgruppen von Bundesrat und französischem Senat kommen auf Einladung der Vorsitzenden der Bundesratsgruppe, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (Nordrhein-Westfalen), vom 18. bis 20. September 2012 im Gebäude des Bundesrates zusammen.  
Beim 14. Treffen stehen die Themen Cyberbedrohungslage, Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, Aufgaben der Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastruktur im Markt- und Wettbewerbsdruck sowie missbräuchliche Vertragsklauseln im Vordergrund. In das Thema Cyberbedrohungslage in Deutschland wird der Vizepräsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, Horst Flätgen, einführen.  
Kulturell eingerahmt ist die Begegnung von einem Besuch des Neuen Museums auf der Museumsinsel in Berlin und einer Landpartie, die Schloss Ribbeck im Havelland zum Ziel hat.  
Seit ihrer Gründung im Jahr 1995 widmen sich die Freundschaftsgruppen aktuellen Themen mit Deutschland- bzw. Frankreichbezug. Der gegenseitige Austausch dient der Vertiefung der traditionell freundschaftlichen Beziehungen beider Länder.  
Kontakt: Bundesrat  
Leipziger Straße 3-4  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 01888/9100-0  
Telefax: 01888/9100-198  
Mail: internetredaktion@bundesrat.de  
URL: <http://www.bundesrat.de>  


## Pressekontakt

Bundesrat

10117 Berlin

bundesrat.de  
internetredaktion@bundesrat.de

## Firmenkontakt

Bundesrat

10117 Berlin

bundesrat.de  
internetredaktion@bundesrat.de

Der Bundesrat ist eines der fünf ständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland. Neben Bundespräsident, Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht ist der Bundesrat als Vertretung der Länder das föderative Bundesorgan. Er entscheidet mit über die Politik des Bundes und bildet damit zum einen ein Gegengewicht zu den Verfassungsorganen Bundestag und Bundesregierung und er ist zum anderen ein Bindeglied zwischen Bund und Ländern.